

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**07.09.2019 /19.20-19.50 Uhr**  
**08.09.2019 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Privates Militärunternehmen „Gruppe Wagner“ – Instrument des Kremls für heikle Missionen?
- Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle – Will die Trump-Administration wirklich Abrüstung?
- Einsatz von Atomwaffen wahrscheinlicher? Indien stellt Nukleardoktrin auf den Prüfstand

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es bei uns um diese Themen:

- Privates Militärunternehmen „Gruppe Wagner“ - Instrument des Kremls für heikle Missionen?
- Nukleare Rüstungskontrolle auf der Kippe - Will die Trump-Administration wirklich Abrüstung? Und:
- Kaschmir-Konflikt – Indien stellt Nukleardoktrin auf den Prüfstand

Sie haben nicht immer den besten Ruf. Die Rede ist von Söldnern, mancher spricht aber auch von militärischen Dienstleistern. Sie unterstützen die Streitkräfte, übernehmen aber ggfs. auch die Aufgaben von regulären Soldaten, ersetzen diese quasi. Die US-Firma Blackwater beispielsweise war jahrelang im Irak aktiv. Vor allem weil sie dort Negativ-Schlagzeilen machte, wurde das Unternehmen schließlich umbenannt. In Russland gibt es offiziell keine Privatarmeen oder private Militärfirmen. Trotzdem wird immer wieder über den Einsatz von russischen Kämpfern in Krisenregionen berichtet – vor allem in Syrien. In

diesem Zusammenhang ist oft von der „Gruppe Wagner“ die Rede. Diese Truppe ist offenbar auch in anderen Konfliktgebieten im Einsatz. Schwer vorstellbar, dass dies ohne Rückendeckung des Kremls passiert. Welche Rolle spielt die Wagner-Truppe in der russischen Politik? Unsere Korrespondentin in Moskau, Christina Nagel, ist dieser Frage nachgegangen:

#### Manuskript Christina Nagel

Dezember 2016. Es ist der Tag der Helden Russlands. Präsident Putin hat in den Kreml geladen. Unter den mächtigen bronzenen Kronleuchtern des prunkvollen Georgssaals haben sich jene versammelt, die mit den höchsten Orden des Staates ausgezeichnet wurden. Für ihren Einsatz fürs Vaterland.

#### O-Ton Putin (Voiceover)

„Jeder von Ihnen hat eine eigene, strahlende Seite in der Geschichte Russlands geschrieben. Ich danke Ihnen aufrichtig für alles, was Sie getan haben und möchte einen Trinkspruch ausbringen: Auf die Helden unseres Vaterlandes! Auf Russland!“

Einer, dem Putins Trinkspruch an diesem Tag gilt, ist Dmitri Utkin, Oberstleutnant der Reserve. Kampfname: Wagner. Dass er, der eine Vorliebe für den deutschen Komponisten haben soll, dort unter den Helden Russlands sitzt, wirft Fragen auf. Denn als Träger höchster Orden war Utkin zu seiner aktiven Zeit beim Militärnachrichtendienst GRU nicht bekannt. Für was also, fragt sich damals nicht nur der Blogger Ruslan Lewijew, wurde der Mann, der angeblich für eine private Sicherheitsfirma arbeitet, ausgezeichnet?

#### O-Ton Lewijew (Voiceover)

„Ist ja schon komisch, wenn Wachleute höchste Ehren bekommen. Erstaunlich, oder?“

Lewijew ist Teil einer Recherchegruppe, die sich „Conflict Intelligence Team“ nennt. Im engen Austausch mit Journalisten weiterer Medien trägt er seit Jahren alles zusammen, was sich über die sogenannte Wagner-Truppe herausfinden lässt. Das Netzwerk analysiert Fotos, die es von Einsätzen gibt, hat mit ehemaligen Kämpfern und Angehörigen Gefallener gesprochen und zahllose Dokumente ausgewertet. Utkins Einheit taucht erstmals 2014 unter dem Namen „Wagner“ auf. In der Ukraine. Es gilt als belegt, dass sie im Donbass im

Einsatz war. Auch um für Ordnung in den Reihen der verschiedenen Separatistengruppen zu sorgen.

#### O-Ton Lewijew (Voiceover)

„Als einzelne Anführer solcher Gruppen, die auf der Seite der selbsternannten Republiken kämpften, zu unabhängig wurden und sich nicht länger Moskau unterstellen wollten, kamen die Wagner-Kämpfer. Und entwaffneten entweder die betroffene Gruppe oder aber liquidierten ihren Anführer, das heißt sie töteten ihn. Sie führten eine Art Säuberung in den eigenen Reihen durch.“

Wagners Leute, da sind sich investigativ arbeitende Journalisten wie Denis Korotkow sicher, hätten aber auch an entscheidenden Kampfhandlungen in der Ostukraine - wie der Schlacht um den strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkt Debaltsewe - teilgenommen. Das heißt, russische Kämpfer waren vor Ort. Nicht aber – und das betont der Kreml immer wieder - russische Militärangehörige. Eine Intervention also im Interesse, nicht aber im offiziellen Auftrag Russlands. Klar belegen lässt sich nach Angaben der Journalisten auch, dass Utkin und seine Männer bei großen Schlachten in Syrien mit dabei gewesen sind. Auch beim Sturm auf Palmyra 2016, sagt Ruslan Lewijew.

#### O-Ton Lewijew (Voiceover)

„In Syrien hat die Truppe klar Aufgaben einer regulären Armee übernommen. Vom Sturm auf Städte, die in der Hand des IS waren, über die Säuberung befreiter Territorien bis hin zur Eroberung von einzelnen Objekten im Öl- und Gasbereich.“

Dabei, erklärt der Journalist Denis Korotkow in einem Telefoninterview, habe die Truppe auch schweres Gerät einsetzen können.

#### O-Ton Korotkow (Voiceover)

„Bei Bedarf bekommen sie Artillerie, Panzer, Raketenwerfer, Drohnen und Mörser.“

Kein Material, auf das ein normaler Sicherheitsdienst oder Militärdienstleister zurückgreifen kann. Wohl aber das Verteidigungsministerium. Und dem scheint die Wagner-Truppe nicht nur in Sachen Ausrüstung nahe zu stehen. Ihr Trainingsgelände befindet sich auf einem Truppenübungsplatz des Militärgeheimdienstes GRU, für den Utkin bis 2013 tätig war. Warum aber setzt der Kreml auf eine Art Privatarmee, wenn doch das russische Militär ganz offiziell an der

Seite von Machthaber Assad kämpft? Weil der Einsatz, der als Kampf gegen den Terror deklariert ist und eigentlich auch nur aus der Luft geführt wird, also ohne Bodentruppen, sich so als äußerst erfolgreich darstellen lasse, meint der Blogger Lewijew.

#### O-Ton Lewijew (Voiceover)

„Denn, wenn eine Meldung auftaucht, dass ein Russe in Syrien verschwunden ist, dann kann man immer sagen, dass er nicht bei der Armee war, dass man nicht wisse, wie er dorthin gekommen sei, dass er selbst dorthin gefahren sein müsse. Es gibt keine Verluste in der Armee.“

Dafür aber bei der Wagner-Truppe. Die Verluste in Syrien sollen hoch gewesen sein. Und trotzdem finden sich immer wieder neue Kämpfer. Die Einheit soll zwischen 2.500 und 3.000 Mann stark sein. Es sei, so Lewijew, einfach deutlich lukrativer für Wagner zu arbeiten, als für die reguläre Armee: man müsse nicht um jede Zulage kämpfen und bekomme seinen Lohn bar auf die Hand.

#### O-Ton Lewijew (Voiceover)

„Es ist profitabler und einfacher. Dafür musst du auf vieles verzichten, du darfst kein öffentliches Leben führen. Und wenn du ums Leben kommst, dann wird sich vermutlich niemand um deinen Leichnam kümmern. Der bleibt in der Wüste. Und niemand wird dich offiziell für tot erklären.“

Weil es Kampfeinheiten wie Wagner schlichtweg nicht geben darf. Die russische Gesetzeslage verbietet Privatarmeen. Auf Söldnertum stehen hohe Haftstrafen. Weshalb Präsident Putin sehr bewusst, wenn er von Wagner spricht, von einer privaten Sicherheitsfirma redet.

#### O-Ton Putin (Voiceover)

„Was Wagner und andere Leute angeht und was sie machen. Alles muss im Rahmen des Rechts bleiben. (...) Wenn diese Wagner-Gruppe gegen irgendwelche Regeln verstößt, dann muss die Generalstaatsanwaltschaft dazu eine rechtliche Einschätzung abgeben.“

Dazu ist es bislang aber nicht gekommen. Und so finden sich Wagner-Kämpfer in vielen Regionen, auch in Krisengebieten, in denen der Einsatz regulärer Truppen sicherheitspolitisch kritisch wäre. Oder aber international umstritten. Das gilt auch für Einsätze in Afrika. Ob im Sudan, in der Zentralafrikanischen Republik oder in Libyen – überall lassen sich sowohl wirtschaftliche als auch

geopolitische Interessen ausmachen. Von Seiten der russischen Führung, aber auch bei demjenigen, der die Wagner-Truppe angeblich finanzieren soll. Der Unternehmer Jewgenij Prigoschin, der als Caterer unter anderem die russische Armee mit Essen versorgt.

#### O-Ton Korotkow (Voiceover)

„Ein Geschäftsmann, der dem Kreml nahe steht. Mit einem breiten Interessensspektrum. Er wird normalerweise ‚Putins Koch‘ genannt. (...) Seine Unternehmen kümmern sich in der Regel um alle Veranstaltungen des Präsidenten und der Regierung, auch um große Empfänge im Kreml oder an anderen Orten in Moskau.“

In seinem Firmenimperium sollen sich aber auch Unternehmen, die in Bergbaugeschäfte in Afrika eingestiegen sind, und die berühmt-berüchtigte Petersburger Trollfabrik befinden. Prigoschin selbst bestreitet, etwas mit der Wagner-Truppe zu tun zu haben. Privatarmeen gibt es ja auch schließlich nicht in Russland. Helden aber schon, wie Präsident Putin beim Empfang im Georgssaal betont:

#### O-Ton Putin (Voiceover)

„Widerstandsfähig, heldenmütig, furchtlos, riskieren unsere Soldaten ihr Leben, um ihre militärische Pflicht in Syrien zu erfüllen.“

Einer, der dieser Pflicht offenbar mit großem Erfolg nachkam - und deshalb hoch dekoriert wurde – war und ist Dmitri Utkin, der Oberstleutnant a.D., mit der Vorliebe für einen deutschen Komponisten. Und dem Kampfnamen: Wagner.

\* \* \*

#### Flocken

Aus Moskau ein Bericht von Christina Nagel.

Seit dem vergangenen Monat ist der INF-Vertrag zwischen den USA und Russland über ein Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen Geschichte. Er war zunächst von US-Präsident Trump gekündigt worden – wenig später dann auch von Moskau.

Jetzt gibt es zwischen den beiden großen Atommächten nur noch eine Vereinbarung, in der Obergrenzen für weitreichende Nuklearwaffen festgelegt sind. Aber auch dieser sogenannte NEW START-Vertrag steht unter Druck. Denn er läuft demnächst aus. Zugleich werden die Atomwaffen auf beiden Seiten modernisiert. Hat vor diesem Hintergrund die nukleare Rüstungskontrolle überhaupt noch eine Zukunft? Darüber haben kürzlich Experten auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum unweit von Hannover beraten. Jerry Sommer hat mit Teilnehmern der Konferenz gesprochen:

#### Manuskript Jerry Sommer

2010 haben die USA und Russland den sogenannten NEW START-Vertrag abgeschlossen. Darin haben sich beide Länder verpflichtet, ihre weitreichenden strategischen Nuklearwaffen zu begrenzen: auf jeweils maximal 1.550 Sprengköpfe und 700 Abschussvorrichtungen. Im Februar 2021 läuft der Vertrag aus. Er kann allerdings um bis zu fünf Jahre verlängert werden. Darauf drängt Russland schon seit langem. Die Trump-Administration jedoch hat sich in dieser Frage noch nicht festgelegt. Eine Entscheidung soll es erst in fünf Monaten, im Februar, geben. Der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, hat allerdings wiederholt erklärt, es sei unwahrscheinlich, dass der Vertrag verlängert werde. Im April wurde bekannt, dass Donald Trump seine Administration angewiesen hat, Vorschläge für eine trilaterale Rüstungskontrolle zu erarbeiten. Diese soll - neben den USA und Russland - auch China einschließen. Viel zu viel Geld werde für Rüstung - inklusive Atomwaffen - ausgegeben, sagte er ebenfalls im April. Bilaterale Rüstungskontrolle zwischen Russland und den USA sei nicht mehr zeitgemäß, behaupten auch hohe US-Regierungsvertreter. Die Chancen für eine Einbeziehung Chinas sind derzeit allerdings gleich Null, sagt Oliver Meier von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik:

#### O-Ton Meier

„China hat - wie auch andere kleinere Atommächte - mehrfach gesagt, dass sie nicht bereit sind, an multilateralen Gesprächen teilzunehmen, solange die USA und Russland nicht ihrerseits zunächst weiter ihre Atomwaffen reduzieren.“

Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI besitzt China gegenwärtig etwa 290 Atomsprengköpfe. Russland und die USA verfügen

hingegen jeweils über mehr als 6.000 atomare Gefechtsköpfe – also rund 20 Mal mehr als Peking. Die Nuklearwaffen aller Atommächte zu begrenzen, ist zweifelsohne ein erstrebenswertes Ziel. Aber angesichts der großen Ungleichgewichte wird es wohl erst zu erreichen sein, wenn zunächst die nuklearen Supermächte ihre Arsenale noch weiter vermindern. Wie schwierig eine multilaterale Verständigung ist, zeigen auch die Diskussionen der fünf offiziellen Atommächte Russland, USA, Frankreich, Großbritannien und China im Rahmen der UN – die sogenannten P 5-Gespräche. Dort konnte man sich trotz mehrjähriger Debatten nicht einmal auf ein gemeinsames Verständnis der in der Nuklearstrategie verwendeten Fachausdrücke einigen. Auch haben die USA bisher keinerlei konkrete Vorschläge gemacht, wie China in solche Verhandlungen einbezogen werden könnte. Wenn man das ernsthaft anstrebte, müsste Washington seinerseits Angebote unterbreiten, die China als eine Stärkung seiner Sicherheit ansehen könnte. Dabei gebe es Chancen für Kompromisse, glaubt Tong Zhao vom Carnegie-Tsinghua Center in Peking:

O-Ton Zhao (Voiceover)

„Die Hauptsorge Chinas sind die US-Raketenabwehrsysteme. Diese treiben die nuklearen Modernisierungspläne Chinas an. Wenn die USA bereit wären, über eine Begrenzung ihrer Raketenabwehr zu reden, könnte das chinesische Interesse an Rüstungskontrollgesprächen mit den USA deutlich steigen.“

Nach dem Ende des INF-Vertrages hat Pentagonchef Mark Esper angekündigt, die USA würden „sobald wie möglich“ neue landgestützte Mittelstreckenraketen im asiatischen Raum gegen China aufstellen. Auch das dürfte die Bereitschaft Chinas nicht erhöhen, sich an Rüstungskontrollverträgen zu beteiligen. Befördert werden dadurch eher militärische Aufrüstungsmaßnahmen Pekings. Viele Experten halten die Ankündigung der Trump-Regierung, China jetzt in nukleare Abrüstungsverträge einzubeziehen, daher für wenig glaubwürdig. Zum Beispiel Pavel Podvig vom UN-Institut für Abrüstungsforschung UNIDIR in Genf:

O-Ton Podvig (Voiceover)

„Ich glaube, die US-Regierung oder Trump selbst wissen sehr gut, dass es unmöglich ist, China zum jetzigen Zeitpunkt an Bord zu holen. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass sie mit dieser Forderung nur ihre eigene Verantwortung für die Nicht-Verlängerung des NEW START-Vertrages verschleiern wollen.“

In der US-Regierung gibt es verschiedene Auffassungen zur Rüstungskontrolle: Einige Offizielle sind prinzipiell gegen Rüstungsabkommen, weil sie die Handlungsfreiheit der USA einschränken. Andere lehnen Rüstungskontrolle ab, solange sich Russland nicht an Verträge halte. Eine weitere Gruppe wiederum befürwortet Verträge über die Atomarsenale - aber nur, wenn sämtliche Forderungen der USA erfüllt würden. Der große Unbekannte sei allerdings Präsident Trump, meint der Nuklearwaffenexperte Brad Roberts, der unter Präsident Obama einer der stellvertretenden US-Verteidigungsminister war:

#### O-Ton Roberts (Voiceover)

„Seine Entscheidung ist schwer vorauszusehen. Eins ist aber sicher: Er will in die Geschichte eingehen als jemand, der alle Deals von Obama verbessert hat. Und obwohl seine Regierung größtenteils anti-russisch und gegen Rüstungskontrolle ist, sieht er Putin als Partner an und glaubt, als der große nukleare Friedensstifter in die Geschichte eingehen zu können.“

Ein besserer Deal als der NEW START-Vertrag. Das könnte bedeuten, in einem neuen Abkommen mit Russland die Zahl der nuklearen Sprengköpfe weiter zu verringern – zum Beispiel auf jeweils 1.000. Eine andere Möglichkeit wäre, auch die Atomsprengköpfe kurzer und mittlerer Reichweite einzubeziehen. Ein besserer Deal könnte zudem neuartige Waffensysteme beschränken, sagt Oliver Meier von der Stiftung Wissenschaft und Politik:

#### O-Ton Meier

„Russland hat im März letzten Jahres eine Reihe von neuen strategischen Waffen vorgestellt, die zum Teil schon in der Entwicklung sind, die extrem destabilisierend wären, wenn es sie denn gäbe. Die USA machen große Fortschritte im Bereich der konventionellen weitreichenden Waffen. Also es gibt einige Dinge, die Gesprächsgegenstände sein können, die über den Rahmen von dem jetzigen vorhandenen Atomabkommen hinausgehen.“

Nach Ansicht von Oliver Meier müssten zudem die russischen Bedenken in Bezug auf die US-Raketenabwehrsysteme thematisiert werden. Moskau kritisiert u.a., dass beim jüngsten Test einer neuen landgestützten US-Mittelstreckenrakete der gleiche Startkanister-Typ benutzt worden ist, der bereits in Rumänien für die US-Raketenabwehrwaffen stationiert ist – und demnächst auch in Polen aufgestellt wird. Russland und China sind besorgt, dass ihre Zweitschlagsfähigkeit – also das nukleare Vergeltungspotenzial - durch die US-Raketenabwehr neutralisiert werden könnte. Doch Washington ist bis-



her nicht bereit, seine Raketenabwehr zu begrenzen. Begründet wird das mit den nordkoreanischen und iranischen Nuklearwaffen- und Raketenprogrammen. Brad Roberts, einer der ehemaligen stellvertretenden US-Verteidigungsminister:

O-Ton Roberts (Voiceover)

„In den USA gibt es einen nationalen Konsens, dass wir die Freiheit haben müssen, jegliche Raketenabwehrsysteme zu bauen, die nötig sind, um diesen neuen Gefahren nicht entblößt gegenüberzustehen.“

Und es gibt ein weiteres, großes Problem: Selbst wenn die Trump-Regierung ein neues, umfassenderes Abkommen allein mit Russland anstreben würde – bis zum Auslaufen des NEW START-Vertrages im Februar 2021 bleiben nur noch 16 Monate. Pavel Podvig vom UN-Abrüstungsinstitut in Genf kommt daher zu dem Schluss:

O-Ton Podvig (Voiceover)

„Selbst unter den besten Umständen ist es für die USA und Russland in der verbleibenden Zeit unmöglich, einen neuen Vertrag auszuhandeln. Deshalb ist es jetzt das Beste, den NEW START-Vertrag zu verlängern und die Zeit zu nutzen, um einen neuen Vertrag auszuarbeiten oder den NEW START-Vertrag auszuweiten.“

Dass Donald Trump aber einer Verlängerung eines von Obama ausgehandelten Abkommens zustimmt, ist eher unwahrscheinlich. Es spricht also vieles dafür, dass es schon demnächst keine vertraglichen Begrenzungen und Überprüfungen der Atomwaffenarsenale der USA und Russlands mehr geben wird. Die nukleare Aufrüstung würde wohl verstärkt weitergehen – wenn nicht die atomare Gefahr dann doch durch Rüstungskontrollverträge begrenzt wird.

\* \* \*

Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Indien und Pakistan sind Atommächte. Seit Jahren streiten sie über Kaschmir. Immer wieder kommt es dort zu Zwischenfällen. Die Gefahr ist groß, dass diese Zusammenstöße eskalieren. Mancher befürchtet sogar, dass es bei einer

Zuspitzung auch zum Einsatz von Atomwaffen kommen könnte. Pakistan hat damit bereits gedroht. In Indien wird nun darüber nachgedacht, die Nuklear-Doktrin zu ändern. Über den Hintergrund und was das für den Dauerkonflikt in Kaschmir bedeuten könnte – aus Delhi, Bernd Musch-Borowska:

#### Manuskript Bernd Musch-Borowska

Im Konflikt um Kaschmir stehen sich zwei verfeindete Atommächte gegenüber. Indien und Pakistan verfügen nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI über ein vergleichbar starkes Nuklearpotenzial. Pakistan habe 140 bis 150 Atomsprengköpfe, hieß es im jüngsten SIPRI-Bericht und damit etwas mehr als Indien, das offenbar über 130-140 nukleare Sprengköpfe verfügt. Indien habe dafür ein breiteres Einsatz-Spektrum, stellten die Konfliktforscher von SIPRI fest. Die indischen Streitkräfte könnten ihre Atomsprengköpfe von Land und vom Wasser aus - sowie aus der Luft - abfeuern, hieß es. Pakistan arbeite noch an einer seegestützten Einsatzmöglichkeit für seine Marschflugkörper, um mit dem Erzfeind gleichzuziehen. Beide Länder seien aber in der Lage, mit ihren Atomwaffen dicht bevölkerte Großstädte im Nachbarland zu erreichen und so dem Gegner massive Schäden zuzufügen. Millionen von Menschen könnten getötet werden. Indien hat in seiner Nuklear-Strategie festgelegt, im Konfliktfall nicht als erstes Land Atomwaffen einzusetzen. Doch innerhalb der indischen Regierung, unter Führung der hindu-nationalistischen Partei BJP von Premierminister Narendra Modi, gibt es seit längerem Bestrebungen, diesen Grundsatz zu ändern. Vor wenigen Wochen heizte Verteidigungsminister Rajnath Singh die ohnehin angespannte Situation zwischen Indien und Pakistan weiter an. Bei einer Zeremonie auf dem ehemaligen indischen Atomwaffentestgelände in Rajasthan deutete er an, dass Indien seine Selbstverpflichtung, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, aufgeben könnte.

#### O-Ton Singh (Voiceover)

„Unsere Position beim Thema Atomwaffen lautete immer, kein Ersteinsatz. Aber wie das in der Zukunft aussieht, hängt von den Umständen ab.“

Pakistans Außenminister, Mehmood Qureshi, reagierte prompt:

### O-Ton Qureshi (Voiceover)

„So eine Stellungnahme zu diesem Zeitpunkt ist sehr unglücklich und zeigt das unverantwortliche und kriegerische Verhalten Indiens. Es macht deutlich, was von Indiens Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz zu halten ist. Wir haben dem sowieso nie geglaubt.“

Zweimal haben Indien und Pakistan schon Krieg um Kaschmir geführt, 1947-49 und 1965. Nach dem ersten Kaschmir-Krieg wurde die Region von den Vereinten Nationen zwischen beiden Staaten aufgeteilt und die Line of Control festgelegt, die den indischen und den pakistanischen Teil voneinander trennt. Aber auch China, ebenfalls eine Atommacht, beansprucht einen Teil von Kaschmir, die nordöstliche Region Aksai Chin. Auch die Regierung in Peking reagierte deshalb beunruhigt über den indischen Vorstoß. Dadurch werde das fragile Kräfteverhältnis in der Region aus dem Gleichgewicht gebracht, hieß es. Der Militär-Experte Harsh V. Pant vom indischen Think-Tank Observer Research Foundation - ORF - betrachtet die Diskussion um den Ersteinsatz als eine Folge der immer wiederkehrenden Drohungen aus der pakistanischen Hauptstadt Islamabad. Angesichts der konventionellen Überlegenheit der indischen Streitkräfte gegenüber der pakistanischen Armee wird in Delhi befürchtet, dass Pakistan schneller auf sein Atomwaffenarsenal zurückgreifen könnte. Die Regierung in Islamabad habe keine Selbstverpflichtung zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen abgegeben und drohe bei jeder Konfrontation mit einer möglichen atomaren Eskalation, sagte Harsh V. Pant.

### O-Ton Pant (Voiceover)

„Immer, wenn es eine Krise gibt zwischen Indien und Pakistan, kommt diese Drohung. Es gibt einen Terroranschlag, Indien will darauf reagieren, Pakistan spricht von Atomkrieg und die internationale Staatengemeinschaft drängt auf Deeskalation. So war das nach dem Anschlag auf das indische Parlament und auch nach den Terroranschlägen von Mumbai. Pakistan sagt jedes Mal, wenn Indien militärisch aktiv wird, setzen wir Atomwaffen ein.“

Auch in der jüngsten Kaschmir-Krise kam das Gespräch schnell auf die Gefahr einer atomaren Eskalation. Pakistans Premierminister, Imran Khan, warnte in einer Fernsehansprache, anlässlich des pakistanischen Unabhängigkeitstages am 14. August, vor einem Atomkrieg:

#### O-Ton Khan (Voiceover)

„Wenn diese Situation zu einem Krieg führt, dann darf man nicht vergessen, dass unsere beiden Länder über Atomwaffen verfügen, und bei einem Atomkrieg gibt es keine Sieger. So ein Krieg würde nicht nur uns betreffen, sondern die ganze Welt. Deshalb ist hier die internationale Staatengemeinschaft gefragt, insbesondere die Supermächte.“

Die indische Regierung betrachtet ihre Entscheidungen zu Kaschmir als interne Angelegenheit und wehrt sich gegen die Versuche Pakistans, den Konflikt zu internationalisieren. Vermittlungsversuche und Angebote von außen, unter anderem von US-Präsident Donald Trump, lehnte Premierminister Modi entschieden ab. Die Diskussion um die Änderung der Nuklearstrategie müssten vor diesem Hintergrund betrachtet werden, sagt der Militär-Experte Pant. Indien wolle sich von seinem Erzfeind Pakistan nicht mehr vorführen lassen. Ein Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz hätte für Indien aber auch organisatorische und finanzielle Konsequenzen. Die Kommandostruktur und die Einsatzpläne für die atomaren Waffen müssten einer neuen Doktrin angepasst werden. Bislang gebe es einen vierstufigen Aktivierungsprozess, sagt Pant. Bei einer Abkehr von einer rein strategischen atomaren Drohung zu einer taktischen, d.h. bei einer Bereitschaft zum Ersteinsatz von Atomwaffen, müsste der Aktivierungsprozess verkürzt werden.

#### O-Ton Pant (Voiceover)

„Indien müsste seine Raketen weiter nach vorne verlagern. Außerdem müssten die Sprengköpfe und die Raketen zusammengebracht werden. Bislang werden die noch getrennt gelagert und sind nicht vormontiert. Das alles müsste geändert werden.“

Indien und Pakistan stehen hinter den USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China an sechster und siebter Stelle der Atommächte der Welt. Israel und Nordkorea vervollständigen die Liste, die beim Friedensforschungsinstitut SIPRI in Stockholm geführt wird. Da außer Indien nur noch China, Großbritannien und Frankreich einen Verzicht auf den Ersteinsatz erklärt haben, hätte die Aufgabe dieser Doktrin durch die indische Regierung ernsthafte Konsequenzen, sagt der Konfliktforscher Götz Neuneck, vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

### O-Ton Neuneck

„Wenn immer mehr Staaten mit einem Erstschatz drohen, werden die Verpflichtungen in der Nuklearpolitik immer weicher und schwieriger und ein Wettrüsten wird dadurch forciert. Und so ein Wettrüsten hat Konsequenzen im Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Pakistan muss sich darauf einrichten und wird möglicherweise seine eigene Nuklearpolitik ändern. Das hat Konsequenzen für die Konstellation und die Doktrin der eigenen Nuklearstreitkräfte. Aber auch China, das ja ein Nachbar ist und bislang noch den No First Use favorisiert, könnte seine Politik ändern. Das hätte also enorme Konsequenzen für die Region. Und die Wahrscheinlichkeit gefährlicher Situationen, wie etwa die Kuba-Krise, könnte wieder steigen und die Rationalität, solche Waffen nicht einzusetzen, könnte weiter sinken.“

Durch die Verzichtserklärung auf einen Ersteinsatz habe sich Indien bislang den Ruf einer verantwortlichen Atommacht erworben, sagte der Militärexperte Harsh V. Pant. Dieses Ansehen könnte beschädigt werden.

### O-Ton Pant (Voiceover)

„Das wird Indien mit Bedenken müssen, wenn es die Entscheidung trifft, seine Doktrin zu ändern. Aber noch gibt es keine Entscheidung. Man muss abwägen, ob die Möglichkeit, Pakistan effektiver zu drohen, ebenso wertvoll ist, wie das Ansehen als verantwortliches Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft.“

Pakistans Premierminister Imran Khan verkündete vor wenigen Tagen, sein Land werde auf keinen Fall als erstes Atomwaffen einsetzen. Vom Außenministerium wurde dieses Statement umgehend entkräftet. An der offiziellen Nuklearstrategie Pakistans habe sich nichts geändert, hieß es. Die aktuelle Kaschmir-Krise ist nach Ansicht von Harsh V. Pant aber längst nicht so brisant, wie frühere Konfrontationen zwischen Indien und Pakistan, etwa der Anschlag auf das indische Parlament im Jahr 2001 oder der Terroranschlag von Mumbai im Jahr 2008. Derzeit, so bekräftigte Pant, bestehe nicht die Gefahr einer atomaren Eskalation.

### Flocken

Informationen aus Delhi von Bernd Musch-Borowska.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen

dann das aktuelle Manuskript der Sendung zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.